

# Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift  
Tageblatt Rieser  
Bernstr. 1287  
Postfach Nr. 53

Diese Zeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Amtshauptmanns zu Großenhain befähigte Blatt und enthält amtliche Bekanntmachungen des Finanzamtes Rieser und des Hauptamtes Meissen

Postfachkonto  
Dresden 1580  
Telefon:  
Rieser Nr. 53

Nr. 9

Mittwoch, 12. Januar 1938, abends

91. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags anzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gesamte 40 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Pfg., die 60 mm breite, 8 gespaltene mm-Zeile im Textteil 25 Pfg. (Grundpreis: Petit 8 mm hoch). Biffergebühr 27 Pfg., tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingehender Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachschuß hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Rieser. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Rieser, Goethestraße 58.

## Das wirtschaftliche Jugoslawien

Zum bevorstehenden Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten Stojadinowitsch in Berlin

Seit Dr. Stojadinowitsch am Steuer der jugoslawischen Regierung steht, hat sich die wirtschaftliche Struktur dieses Landes von Grund auf gewandelt. Schließlich ist dieser Mann ja im Jahre 1935 auch aus der Wirtschaft europäischer Mächten in normale wirtschaftliche Beziehungen zu treten, wie um die Notwendigkeit einer innerwirtschaftlichen Reform des Landes. Bei den verschiedenen Anlässen und Empfängen, in deren Mittelpunkt Deutschland und Jugoslawien standen, ist dieser Notwendigkeit gezielte wirtschaftsbeziehungen Ausdruck gegeben worden. Wir denken an den am 7. Juni in Belgrad erfolgten britischen Besuch des Reichsaussenministers Frh. von Neurath, bei dem der jugoslawische Ministerpräsident u. a. ausdrücklich betonte, es sei sein Wunsch, den Austausch wirtschaftlicher und kultureller Verhandlungen und auf der Grundlage gegenseitiger Verständnisses und gegenseitiger Freundschaft zu entwickeln. Das ist zu guten Teilen bereits geschehen: Auf dem jugoslawischen Markt rangiert Deutschland als Abnehmer an dritter Stelle. Die Einfuhr deutscher industrieller Erzeugnisse nach Jugoslawien ist in breiterem Umfang möglich geworden, nicht zuletzt durch eine Senkung der Einfuhrzölle bis zu 14 vom Hundert ihres Wertes. Der deutsche Export an Maschinen und Kraftwagen nach Jugoslawien ist nicht unerheblich. Der am 1. Mai 1934 mit Jugoslawien geschlossene Handelsvertrag hat zu seinen Teilen dazu beigetragen, die Schranken des seit dem 6. März 1933 bestehenden verträglichsten Zustandes in etwa zu beseitigen. Damals ging die deutsche Einfuhr vom besten Jahre 1930 mit 74,8 Millionen auf 33,5 Millionen RM. im Jahre 1933 zurück. Andererseits verminderte sich die Ausfuhr Deutschlands nach Jugoslawien in der gleichen Zeit von 172,1 Millionen Reichsmark auf 33,8 Millionen RM., also auf fast ein Sechstel. So wurde am 1. Mai 1934 ein Handelsvertrag geschlossen, der hinsichtlich des Warenverkehrs zu weitgehenden Rücksichten beider Länder in Fragen von Ein- und Ausfuhrverboten führte. Es kam eine Angleichung von Teilen der jugoslawischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse an den deutschen Einfuhrbedarf. Unter der Regierung von Stojadinowitsch haben sich die gegenseitigen Ein- und Ausfuhrbeziehungen beträchtlich belebt, und wir glauben an einer Ausweitung der Handelsbeziehungen.

Die Fesseln der europäischen Wirtschaftskrise, die seit Verfall des eingetreten sind, hat Dr. Stojadinowitsch als einer der ersten den Mut gehabt zu sprengen. Seine wirtschaftliche Umsicht offenbart sich in manderlei Maßnahmen, zu denen wir das am 2. Februar 1937 mit Rumänien abgeschlossene Handels- und Schifffahrtsabkommen rechnen, ein Beteiligungsabkommen und eine Vereinbarung über den Grenzverkehr. Ferner den Abschluß der am 6. Oktober 1937 der Regelung der jugoslawisch-deutschen Handelsbeziehungen. In Dubrovnik ist die Sicherung des Gleichgewichts im gegenseitigen Zahlungsverkehr erfolgt. Deutschland hat seinerseits eine Erhöhung der zur Verfügung gestellten Summe für den Fremdenverkehr nach Jugoslawien in Aussicht gestellt. Das jugoslawisch-deutsche Wirtschaftsabkommen ist gleichfalls als ein Beweis für die angestrebte Ausweitung der jugoslawischen Wirtschaftsbeziehungen auf dem Kontinent anzusprechen.

Von Bedeutung für die innere Wirtschaft des Landes sind eine Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen, die nicht zuletzt ihren Ausdruck in der Einführung der Sozialversicherung finden.

Wir können der Hoffnung Ausdruck geben, daß der Besuch des jugoslawischen Ministerpräsidenten dazu beitragen möge, die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten untereinander weiterhin zu vertiefen.

## Genehmigungswünsche des Führers

an die Königin von Dänemark

1 Berlin. Der Führer und Reichkanzler hat dem König von Dänemark dringlich Wünsche für baldige Genehmigung der Königin anlässlich ihrer erneuten Erkrankung übermittelt.

## Fortschreitende Besserung der Erkrankung der Königin von Dänemark

1 Kopenhagen. Die Besserung im Befinden der Königin von Dänemark schreitet fort. In dem zuletzt ausgegebenen Bulletin der behandelnden Ärzte wurde der Zustand als gut bezeichnet. Die gleichzeitige Mitteilung, es werde erst am nächsten Tage wieder eine Verlautbarung veröffentlicht werden, ist allgemein als ein Zeichen dafür gewertet worden, daß eine baldige Genesung der Königin von den Folgen der am vergangenen Sonntag vorgenommenen Operation zu erwarten sei.

Der deutsche Gesandte hat dem Sekretär der Königin die besten Wünsche für eine baldige Wiederherstellung ihrer Genesung ausgesprochen.

## Beileidstelegramm des Führers

an den Präsidenten von Argentinien zum 10. Todestag seines Sohnes

1 Berlin. Der Führer und Reichkanzler hat dem Präsidenten von Argentinien anlässlich des 10. Todestages, dem auch der Sohn des Präsidenten zum Opfer gefallen ist, dringlich seine Anteilnahme ausgesprochen.

## Größte Beachtung der Friedensworte des Führers beim getragenen Diplomaten-Empfang in der Londoner Presse

1 London. Die Ansprache des Führers und Reichkanzlers beim Neujahrsempfang des Diplomatischen Korps findet in der Londoner Morgenpresse größte Beachtung. Die Blätter heben in ihren zum Teil ausführlichen Auszügen aus der Rede des Führers und in ihren Kommentaren die Friedensworte des Führers besonders hervor.

„Times“ bringt die Ansprache des Führers und des Apostolischen Nuntius im Wortlaut. In seinem Berliner Bericht sagt das Blatt dann u. a.: Als der Führer Deutschlands Wunsch nach Frieden betonte, habe er dem Gefühl Ausdruck gegeben, das ohne Zweifel alle Kreise Deutschlands erfüllt. Die Erinnerung eines großen Heeres, die Erinnerung der deutschen Völker an die schmerzlichen Erfahrungen in der Nachkriegszeit und in allen Jahren der Schwäche sowie die Lehre, daß Deutschland stark sein müsse, gößen dem Mann auf der Straße ein Gefühl der Sicherheit.

„Daily Telegraph“ hebt gleichfalls die Friedensworte des Führers hervor und schreibt im Leitartikel, der Geist und die Absichten des nationalsozialistischen Deutschlands seien so untrennbar und so von Einfluß in den menschlichen Beziehungen gewesen, daß eine autoritative Friedensversicherung eine außerordentlich wirksame Wirkung haben müsse. Wenn Deutschland nicht den Krieg gegen irgendein Land will, sei alles in Ordnung; denn niemand wünsche gegen Deutschland den Krieg. Eine solche autoritative Versicherung mit besonderem Nachdruck sei vom Führer abgegeben worden. Die Reichsregierung wünsche also freimütig und vertrauensvoll mit allen Nationen zusammen-

zuarbeiten, die sich, wie die Reichsregierung selbst, den Frieden der Völker als Ziel gesetzt hätten. Mit wirklicher Befriedigung hätten die Völker gehört, daß die deutsche Volksgemeinschaft mit Vertrauen einer aufrichtigen Völkerverständigung entgegenstehe. Eine ähnliche Erklärung sollte über das Dreieck Berlin-Rom-Tokio abgegeben werden.

„Daily Mail“ schreibt, der Führer Deutschlands habe sich an Empfindungen gewandt, die überall geteilt würden. Früher habe man sich nie so heiß und so allgemein nach Frieden gesehnt wie heute. Trotzdem aber sei die Welt in großen Verwirrungen, von denen viele in Genuß ihren Ausgang nähmen. Die einzige Hoffnung, zur Ruhe und zur Ordnung in der Welt zu kommen, sei, sich positiv für den Frieden einzusetzen oder nach den Worten Dillers, praktische Formen für dieses Ziel zu finden. Eines der erfolgreichsten Mittel zum Beginn an dieser Arbeit sei die Beseitigung der Ursachen der Spannung zwischen England und Deutschland. Chamberlain habe mit dieser Aufgabe begonnen.

Selbst der marxistische „Daily Herald“ spricht von einer Friedensrede Dillers, die dem Guten diene. Die Zeitung greift jedoch dann zu seiner alten Feiler, wenn es von irgendeiner „praktischen Aktion“ rede, die fest nötig sei, um die Hoffnung auf der Friedensrede zu befestigen.

Auch der liberale „News Chronicle“ singt sein altes Lied, wenn er behauptet, Erklärungen dieser Art könnten viel und nichts bedeuten.

## „Beseitigung der japanfeindlichen Zentralregierung mit allen Mitteln“

Das Ergebnis der Kaiser-Konferenz in Tokio — Ein neues Kapitel der japanischen Geschichte

1 Tokio. (Drahtendienst des DRN.) Die Konferenz beim japanischen Kaiser, die nach den vorliegenden Berichten eine Stunde gedauert hat, wird von der gesamten japanischen Presse als ein höchstbedeutsames historisches Ereignis gefeiert. Ueber den Verlauf der feierlichen Sitzung wird bekannt, daß die Vertreter von Meer und Marine, die Mitglieder der Regierung sowie die Angehörigen des Geheimen Staatsrates an der hufeisenförmigen Konferenztafel im Kaiserpalast in Gruppen geordnet den Bericht des Ministerpräsidenten Fürst Konoe angehört hätten. Der Ministerpräsident hat danach Japans Haltung gegenüber China eingehend erklärt und die Vorschläge der Regierung, die bekanntlich in der „Beseitigung der japanfeindlichen Zentralregierung mit allen Mitteln“ gipfeln, vorgebracht.

Nach eingehenden Beratungen, so heißt es in den Berichten weiter, und nach ergänzenden Erläuterungen von militärischer Seite hätten die Vorschläge der Regierung die Billigung des Thrones gefunden. Hierüber werde in den nächsten Tagen eine Erklärung der Regierung veröffentlicht werden.

Anschließend wurden Ministerpräsident Fürst Konoe und der Kriegsminister Sugiyama vom Kaiser in Audienz empfangen. Kurz darauf fand eine Sonderkammer des Reichstages unter dem Vorsitz von Fürst Konoe statt.

Die Presse sagt die Bedeutung des Staatsaktes dahin zusammen, daß diese seit dem Beginn der Weltkriege künftige Kaiserkonferenzen ein neues Kapitel der japanischen Geschichte einleitet. Gleichzeitig teilen die Blätter mit, daß die Aushebungsverordnung dahingehend geändert wurde, daß die Dienstzeit der Infanterie allgemein zwei Jahre beträgt und daß die Zulassungsbedingungen für die Offizierslaufbahn erleichtert werden.

In den Leitartikeln der Blätter vom Dienstag wird allgemein die Einleitung entschlossener Maßnahmen gegenüber China gefordert. „Asahi Shimbun“ verlangt die Abberufung des japanischen Botschafters und die Kriegserklärung an die Zentralregierung. „Tokio Asahi Shimbun“ weist darauf hin, daß die Kosten der neuen kriegerischen Maßnahmen mehr als 4 Milliarden Yen betragen würden, aber die sofortige Zustimmung der Finanz- und Industriekreise zeigte, wie notwendig endgültige entschlossene Maßnahmen seien, wie sie vom Kabinett beschlossen wurden.

## Londoner Blätter zur Kaiserkonferenz in Tokio

1 London. Für die Abendblätter ist naturgemäß die Einberufung der Konferenz beim japanischen Kaiser die Meldung des Tages, die entsprechend ihrer Bedeutung aufgemacht wird. Sämtliche Blätter verzeichnen, daß die Sitzung nur eine Stunde gedauert habe und ein amtlicher Bericht noch nicht ausgegeben worden sei. Man unterstreicht besonders, daß in Tokio verlautete, die Konferenz habe den Kabinettsbeschluss bekräftigt, das antijapanische Regime in China auszurufen, wenn die Regierung Nanking sich ihre antijapanische Haltung nicht noch einmal überprüfe und ihre Aufrichtigkeit beweise.

„Evening Standard“ und „Evening News“ berichten übereinstimmend, in einigen Kreisen in Tokio wolle man wissen, das Ergebnis der Sitzung sei eine formelle Kriegserklärung an China. Der „Star“ fügt der Mitteilung über den Kabinettsbeschluss die Schlussfolgerung an, diese Entscheidung würde konkrete militärische und politische Maßnahmen in sich schließen.

## Zur dritten Wiederkehr des Saar-Abstimmungstages

1 Saar. Der 18. Januar ist nicht nur für das Saarland, sondern auch für das gesamte Reich ein Tag der Freude und des Stolzes und des Erlebnisses der schicksalswingenden Gemeinschaft. Vor drei Jahren bewies das deutsche Volk an der Saar durch sein einmütiges Bekenntnis zum Mutterland, daß die 15jährige Trennung mit allen Drohungen und Verlockungen es nicht vermocht hatte, die Treue zur Heimat zu erschüttern. Anderthalb Jahrzehnte dauerte die Hoffnung der Väter des Versailler Diktates, daß das Saarland im Laufe der Zeit zum Anschluß an Frankreich reif sei. Im Jubelsturm des Abstimmungstages brach diese Hoffnung endgültig zusammen.

Vergebens waren all die Versprechungen, die Hoffnungen auf den Separatismus und auf die deutsche Zweitracht gewesen. Millionen wurden von Frankreich für die Kultur- und Wirtschaftspromaganda ausgegeben, die das Saargebiet kurzweil machen sollten. Ebenso groß waren die Summen, die in die unergründlichen Taschen der nach der Machtübernahme aus dem Reich ins Saargebiet geschickten „Barrikadenkämpfer“ aller Internationalen floßen. Das Bekenntnis zu Deutschland war am 18. Januar 1935 so eindeutig und so klar, daß es selbst den größten Rechtsverdreher den Atem verschlug und ihnen die Worte schlenk, um dieses „Wunder“ an der Saar zu begreifen.

„Es gibt dort im Saargebiet 150 000 Menschen, die sind Franzosen!“ Mit diesem Satz hatte Clemenceau am 28. März 1919 in Paris Wilson gegenüber seine letzte Trumffarie ausgespielt. Wir haben ein moralisches und historisches Recht auf das Saargebiet“, fuhr Lardieu

fort, „weil dort auf einem großen Teil des Gebietes eine Bevölkerung lebt, die von Rasse, Tradition und Meinung französisch ist.“ Aus diesen Sätzen wurde die Geburtsstunde des Saarklaus. Und als vor drei Jahren nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses die Menschenwagen durch die Straßen Saarbückens stuteten und der Siegesjubel emporbrandete, da fragten mit Recht die Zuredhörer: „Wo sind die 150 000 Saar-Franzosen?“ Von rund 540 000 Abstimmungsberechtigten hatten 477 119 für Deutschland und ganze 2134 für Frankreich gestimmt. Die Welt war um eine Höhe und Gewähr ärmer, und damit eine Wahrheit und Friedensgarantie reicher geworden.

Auch das vierte Jahr nach Rückgliederung wird, wie die vorhergehenden, im Zeichen einer unerwünschten nationalsozialistischen Ausbeutung stehen, die nur dem Frieden dient. Der Führer hat vor drei Jahren nach der Abstimmung vor aller Welt feierlich erklärt, daß nach der Rückkehr der Saarlande zum Reich Deutschland seine territoriale Forderungen an Frankreich mehr habe. Und nur ein Narr kann glauben, daß ein Volk einen Krieg damit vorbereitet, daß es im Bereich der französischen Besatzungsartillerie eine starke Wirtschaft, blühende Siedlungen, Wasserstraßen und Häfen erbaut. Mehr denn je befeelt die Bewohner des Grenzlandes an der Saar der heisse Wunsch nach Frieden und Befreiung, um weiter am Werk des Wiederaufbaus zu können, auf dessen Zeugnisse Gauleiter Pärkel im Namen der ganzen Saar nach drei Jahren des Einsatzes unter der Fahne des nationalsozialistischen Reiches mit so viel berechtigtem Stolz verweisen kann.